

Ärztehaus steht vor dem Abriss

Ärzttekammer plant einen Neubau / Sanierung des Gebäudes ist zu teuer

VON JENS HEITMANN

Die Ärztekammer Niedersachsen (ÄKN) prüft den Abriss und Neubau des Ärztehauses an der Berliner Allee. Bei einer Überprüfung habe man erhebliche Mängel an dem Gebäude festgestellt, sagte Hauptgeschäftsführer Nils Frühauf am Freitag in Hannover. So gebe es Defizite beim Brandschutz und Probleme mit Schadstoffen. Am schwerwiegendsten seien jedoch die Schwierigkeiten, die sich aus dem steigenden Grundwasserspiegel ergäben. „Die Haustechnik könnte irgendwann im Wasser stehen“, sagte Frühauf.

Den Anlass für den Gebäude-Check gab ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes. Die Richter hatten sich im vergangenen Jahr mit den Rücklagen von Industrie- und Handelskammern

beschäftigt – und entschieden, dass diese eine bestimmte Höhe nicht überschreiten dürfen. Die Kriterien gelten auch für Ärztekammern, die sich als öffentlich-rechtliche Körperschaften ebenfalls aus Pflichtbeiträgen ihrer Mitglieder finanzieren. Der Landesrechnungshof prüft derzeit, ob die ÄKN in der Vergangenheit eine unzulässige Vermögensbildung betrieben hat.

Bis vor Kurzem verfügte die ÄKN über eine Betriebsmittelrücklage von 14,5 Millionen Euro – lediglich rund 5 Millionen Euro waren für Großreparaturen verbucht. Nach der Überprüfung des Gebäudes hat man im aktuellen Haushalt umgeschichtet: Jetzt stünden 9,1 Millionen Euro als Bauerneuerungsrücklage in den Büchern, sagte Frühauf.

Nach bisheriger Einschätzung rechnet sich eine Sanierung des vor 50 Jah-

ren errichteten Ärztehauses nicht. Nach einer ersten Kalkulation könnte das mehr als 10 Millionen Euro kosten. „Die Gefahr ist groß, dass das ein Fass ohne Boden würde“, sagte Frühauf. Als Alternative prüfe man deshalb auch den Umzug der rund 150 Mitarbeiter in ein neues Gebäude – zur Miete oder als Kauf. Allerdings sei es in Hannover sehr schwer, eine geeignete Immobilie zu finden. Die ÄKN sei nicht bereit, „Mondpreise“ zu bezahlen.

Die Kammerversammlung hat deshalb einen sogenannten Tendenzbeschluss gefasst, der auf einen Neubau am jetzigen Standort hinausliefe. Allein für den Abriss des Gebäudes kalkuliert die ÄKN bis zu 4 Millionen Euro ein – auch weil dort Asbest verbaut ist. Die Mitarbeiter seien dadurch aber nicht akut gefährdet, hieß es – das hätten Messungen ergeben.

H47 v. 24.09.2016